



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/211 - 18.9.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Nur keine halben Lösungen

sp - Noch immer ergeben sich trotz aller diplomatischen Aktivität und sich überstürzender Blitzbesuche keine Ansatzpunkte für eine wenigstens in ihren Grundzügen einheitliche Deutschlandpolitik der Westmächte, die geeignet wäre, den Zustand der Ratlosigkeit zu überwinden, den der Zusammenbruch der DVG als unglückselige Erbschaft hinterlassen hat.

Der Bonn - und London-Besuch des amerikanischen Aussenministers hat offenbar werden lassen, dass Washington seine Lieblingsidee einer recht schnellen Wiederbewaffnung Westdeutschlands nicht aufgegeben hat und ausserste Druckmittel anwenden will, um sie durchzusetzen. Die Drohung einer von den USA und einem dabei sich höchst unwohl fühlenden Grossbritannien verkündeten Gewährung der "vollen Souveränität" an die Bundesrepublik hängt in der Luft, was in der Praxis die Ausschaltung Frankreichs und die dritte Teilung Deutschlands bedeuten würde.

Aber noch ist es nicht soweit. Immerhin ist es ein Fortschritt, dass Dulles seine Zustimmung zur Einberufung einer Neunmächte-Konferenz gab, die nach dem Kommuniqué darüber beraten soll, wie die Bundesrepublik am besten mit den westlichen Nationen auf der Grundlage voller Gleichberechtigung verbunden werden könne. So bleibt in der Zwischenzeit und auch nachher für die westliche Diplomatie genügend Spielraum, ihre Bemühungen um eine bessere europäische Zusammenarbeit fortzusetzen. Das Schlechteste jedoch wären halbe Lösungen. Alle bisher bekannt gewordenen Projekte sind jedoch halbe Lösungen, weil sie von der Beibehaltung des status quo, d.h. der Teilung Deutschlands als Grundlage ausgehen.

Der Westen würde auf die Dauer ein noch grösseres Fiasko als mit der EVG erleiden, wenn er seine Kräfte und Energien einseitig auf die Einbeziehung Bonns in sein Verteidigungssystem konzentriert und keine Anstrengungen zur Entspannung der Weltlage unternimmt. Das Gebot der Stunde erfordert gleichzeitige Verhandlungen mit der Sowjetunion im Sinne der Wiedervereinigung in Einheit und Freiheit, und zwar mit dem gleichen Ernst, der gleichen Dringlichkeit und mit dem gleichen Gewicht, das man den Bemühungen um die militärische Stärkung der eigenen Position durch eine feste Bindung der Bundesrepublik an die Westmächte beimisst. Im übrigen ist vom deutschen Standpunkt keine Regelung annehmbar, die die vier Besatzungsmächte aus ihrer Verantwortung in der deutschen Frage entlässt.

Im Lichte der entscheidenden Wochen und Monate, die bevorstehen, erhält die Forderung der Opposition nach einer aussenpolitischen Debatte im Bundestag ihr besonderes Gewicht. Sie darf nicht mehr überhört werden.

Molotows Lockung - Amerikas Schwäche

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Mit seinem Angebot, normale Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan wiederherzustellen, hat Molotow den psychologisch schwächsten Augenblick seines größten Gegners abgewartet. Amerikas Stern in Asien sinkt: die Amerikaner haben das militärisch unrühmliche Ende des indo-chinesischen Krieges nicht verhindert, Dulles hat sich auf der SEATO-Konferenz in Manila gegenüber den Commonwealthländern nicht durchgesetzt und jetzt attackieren die Chinesen Mao Tse Tungs die Insel Quemoy; geht Quemoy verloren, verliert Tschiang Kai Scheck sein Sprungbrett auf das Festland und damit seine von Amerika ausgehaltene Existenzberechtigung, die immer noch offiziell die Rückeroberung des chinesischen Festlandes ist, obwohl niemand mehr daran glaubt.

Die amerikanischen Prestigeverluste in Asien sind auch in Japan, das seinen Wiederaufstieg weitgehend amerikanischer Hilfe verdankt, nicht ohne Nachwirkung geblieben. Die japanischen Wirtschaftskreise, die erkennen, dass sie auf die Dauer auch bei großzügigster amerikanischer Unterstützung nicht ohne den Handel mit China und der Sowjetunion auskommen, machen sich die ungünstige psychologische Situation zur Propagierung eines Ausgleichs mit China und Moskau ebenso zunutze wie nationalistische und kommunistische Agitatoren, die mit ihren Polemiken gegen die amerikanischen Wasserstoffbombenversuche im Pazifik die Zustimmung der japanischen Öffentlichkeit in großem Maße besitzen. In dieser Situation hat der Vorschlag Molotows ohne Zweifel die günstigste Aufnahme gefunden, die ihm jemals nach der Unterzeichnung des japanischen Friedensvertrages durch alle anderen Länder im Jahre 1951 zuteil werden konnte. Den Friedensvertrag von San Francisco lehnten die Sowjets damals ab, weil sein Abschluß mit einem amerikanischen-japanischen Sicherheitspakt gekoppelt wurde, der Amerika das Recht zugestand, seine Truppen in Japan zu belassen. Molotows Angebot eines Friedensvertrages ist sicher ebenso als Lockung mit dem notwendigen Westhandel Japans aufzufassen wie als Ermunterung, "das Diktat der

18.9.1954

herrschenden amerikanischen Kreise zu brechen" und die inzwischen in Japan längst nicht mehr angenehm empfundene Anwesenheit der amerikanischen Truppen erneut zur Diskussion zu stellen.

Die Amerikaner waren über das Angebot Molotows sehr besorgt, zumal der japanische Außenminister sogleich sein Einverständnis erklärte, einen sowjetischen Friedensvertrag anzunehmen, ohne sich dabei auf den Vertrag von San Francisco als Muster zu berufen, wie wenigstens erwartet worden war. Die Antwort Amerikas ist nicht ausgeblieben. Sie besteht in neuen Handelsangeboten, offenbar, weil man weiß, wie wichtig das wirtschaftliche Argument für Japan ist und wie groß der Einfluß der mit Amerika unzufriedenen Wirtschaftskreise. Japan soll nach einem Vorschlag aus Washington in den Colomboplan aufgenommen werden, dem die asiatischen Commonwealthländer, Kanada, die USA, Indonesien, Nepal, Burma und die drei indochinesischen Staaten angehören. Der Anreiz für Japan, der im Beitritt zu diesem Wirtschaftsverband liegt, ist gering. Aber die amerikanischen Absichten, die Japaner durch dieses Angebot vom Ausgleich mit Moskau und China abzuhalten, sind ebenso offensichtlich wie der zweifellos durch dieses Angebot unternommene Versuch, das Übergewicht der Commonwealthländer im Colomboplan unter Umständen zu neutralisieren. Es ist kein Beweis für die Stärke der amerikanischen Position in Asien, dass sich die USA dabei eines wirtschaftlich und militärisch von ihnen abhängiger Bundesgenossen bedienen müssen, der sich innerlich von Amerika zunehmend abwendet. Die Dinge in Asien streben ihrer eigenen Ordnung zu.

+ + +

Konstruktive Gewerkschaftskritik

rd - Hannover

Mit selten starkem Beifall wurde auf dem Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall das außergewöhnlich scharf formulierte Referat des Vorsitzenden dieser Gewerkschaft, Otto Brenner, aufgenommen. Brenner hat durch die Streikaktionen in Baden-Württemberg und Bayern ebenso wie durch seine scharf abgegrenzten Stellungnahmen zu gewerkschaftspolitischen Problemen bereits häufig im Mittelpunkt öffentlicher Erörterungen gestanden. Man unterstellt ihm gern, er

gehöre zum radikalen Gewerkschaftsflügel.

Dieses Referat schob den Referenten in den Vordergrund gewerkschaftspolitischen Geschehens, nicht etwa wegen radikaler Tendenz, sondern weil seine Ausführungen von sachlicher Kenntnis, klarer Diktion und Zielsetzung und auch gegenüber den Gewerkschaften selbst von konstruktiver Kritik getragen waren. Seine Ausführungen gründeten sich bewußt auf der Forderung nach mehr Stärke und Aktivität aller Gewerkschaften und besonders des DGB, die Voraussetzung für eine erfolgreiche Interessenvertretung der Arbeitnehmer sind, und sie gipfelten in der entscheidenden Frage, ob die Gewerkschaften: "Objekt, Spielball in der turbulenten Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte, oder Subjekt, handelnde und gestaltende Kraft" sein sollen. Diese Frage fußte auf der Erkenntnis, dass die Gewerkschaften den rücksichtslosen Willen zur Macht, zur Restauration der Unternehmerherrschaft früherer Zeiten nicht klar und rechtzeitig genug erkannt hätten, um ihm ausreichenden Widerstand entgegenzusetzen.

Eindeutig sei das "Ja" der Gewerkschaften zum demokratischen Staat, sofern sich die Demokratie nicht darin erschöpfe, den Kapital- und Besitzinteressen Schutz zu gewähren und die Arbeiterbewegung in Politik und Wirtschaft zu brüskieren, auszuschalten und zu diffamieren. In dieser "Ja" liege aber auch einbegriffen die Voraussetzung für die erstrebte Einheit Deutschlands in Freiheit und für das feste soziale Fundament, das zur Sicherung des Friedens wichtiger sei als Wasserstoff und Kobalt-Bomben.

Einer eingehenden Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik folgte noch einmal das Bekenntnis zu den wirtschaftlichen Grundforderungen der Gewerkschaft: Vollbeschäftigungspolitik, Sozialisierung des Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie, Großchemie, Energie-, Verkehrs- und Kreditwirtschaft, Mitbestimmung in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen in allen Industriezweigen, der wirtschaftlichen europäischen Zusammenarbeit und Beseitigung der Zoll- und Staatsgrenzen, der Hebung des Lebensstandards für alle Arbeiter der Welt.

Wer heute den Gewerkschaften Partnerschaft anbietet, hat den Beweis zu liefern, für die Bereitwilligkeit, den arbeitenden Menschen ihren zustehenden Anteil am Sozialprodukt zu geben. Brenner fragte: "Was bietet

man uns? Ist man bereit, Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, den Arbeitnehmeranteil am Sozialprodukt zu steigern, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 40 Stunden zu kürzen, das Betriebsverfassungsgesetz zu revidieren, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu garantieren? Die Gewerkschaften hören nicht mehr auf die Sirenen-Gesänge der Unternehmer.

So hat die IG-Metall die Forderungen der Arbeitnehmer in ein Aktionsprogramm gegossen, das nach einem festen Zeitplan abgewickelt werden soll. Es fordert als Mahziele: tarifliche 40-stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, Lohn- und Gehaltserhöhungen als Anteil an der gestiegenen Produktivität (gleiche Löhne für Männer und Frauen, tariflich gesicherte Weihnachtsgratifikationen, alljährliche Urlaubshilfe, Lohnzahlung auch bei Krankheit der Arbeiter), ausreichende Altersversorgung, Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, bessere Löhne für Jugendliche, verbesserten Jugendarbeitsschutz, gesetzliche Regelung der Berufsausbildung zur Beseitigung der Lehrlingszüchtereier im Handwerk.

Alle diese Forderungen hält die Gewerkschaft Metall nach dem Stande der Technik für erfüllbar, und sie kann sich bei ihnen darauf berufen, dass sie in anderen westlichen Ländern bereits erfüllt worden sind. Die Mitarbeit der Arbeitnehmer im Staat und ihre Stellung zur Demokratie scheint der Gewerkschaft wesentlich davon bestimmt zu sein, wieweit sich der Gesetzgeber zur Erfüllung dieser Wünsche bereit erklärt.

Allerdings genügt es hier nicht, und das wurde ebenso offen ausgesprochen, Forderungen zu stellen und Wünsche zu wecken, ohne die koordinierte Bereitschaft der einzelnen Gewerkschaften für ihre Erfüllung zu erwirken. Hier habe der deutsche Gewerkschaftsbund zum Beispiel bei der 40-stundenwoche bisher sicher nicht das Mögliche und Notwendige getan. Darüber wird auf dem nächsten DGB-Kongress in Frankfurt sicher noch einiges zu hören sein. Der starke Beifall der Delegierten unterstrich, dass hier die Anliegen der Arbeitnehmer klar ausgesprochen waren. Es ist zu erwarten, dass nicht nur auf dem DGB-Kongress, sondern auch in kommenden gewerkschaftlichen Aktionen die Wirkung der hier geübten konstruktiven Kritik an der Wirtschaft, Gesellschaft und am Staat und auch an der gewerkschaftlichen Aktivität spürbar wird.

Die offene Hand der Arbeitgeber

RD- Die offen dargebotene Hand gilt gemeinhin als Zeichen der Freundschaft, zumindest der Verständigung, sofern man sie nicht darbietet mit dem Hintergedanken und in der gleichen Geste des Mannes, der soeben nach seinem Hunde schlug und nun erwartet, dass dieser sie ihm leckt. So hat der Vorsitzende der bayerischen Metall-Industriellen und Arbeitgeber-Verbände, der Generaldirektor der MAN, Dr. Meyer, über den Rundfunk den Gewerkschaften wieder die Hand geboten. Er ist der Generaldirektor jenes Werkes, das die am Streik beteiligten Gewerkschafter unter Bruch ihrer verfassungsmäßig garantierten Rechte und des von ihm unterzeichneten Schiedsspruches maßregelte. Fürwahr eine saubere Hand.

Die Sauberkeit seiner Hand entspricht der Korrektheit der Darstellung hinsichtlich des Tatbestandes. Es bleibt Herrn Meyer vorbehalten, zu entdecken und zu behaupten, die Lohnpolitik der Gewerkschaften vor 1933 habe zur Wirtschaftskrise, zur Arbeitslosigkeit und so letztlich auch zu den politischen Konsequenzen des Jahres 1933 geführt. Nun wissen wir also endlich, wer die Hauptschuldigen an der deutschen Katastrophe waren.

Es waren also nicht die Unternehmer, die in der Zeit nach 1918 den Ausbau des industriellen Produktionsapparates genau wie nach 1945 auf Kosten des Konsums der Gesamtbevölkerung finanzierten, die mit Hilfe ihrer politischen Beauftragten über eine Inflation damals und durch die Währungsreform 1948 die Kriegskosten und Verluste von den Geldwertbesitzern, Rentnern, Lohnempfängern abzuwälzen vermochten und als Sachwertbesitzer ungeschoren blieben, die mit ihrer Preispolitik Konsum und Absatz beschränkten und "investierten", bis diese Investitionen, weil sie nicht mehr produzierten und rentierten, zu einer volkswirtschaftlichen Last wurden.

Vor 1933 ging man leider nicht den Weg der Kaufkraftverstärkung und einer sicher notwendigen expansiven Lohnpolitik, sondern umgekehrt den Weg der Kostensenkung in der Produktion durch Lohn- und Gehaltsabbau. Man schwächte damit die Kaufkraft, den Absatz auf dem Markt, die Produktion mußte weiter eingeschränkt, weiteres Kapital zu Fehlinvestitionen werden. Die Arbeitslosigkeit stieg auf acht Millionen an. Das waren die Tatsachen.

Herr Dr. Meyer, wie seine Aufsichtsratskollegen Dr. Hermann Reusch und Reichswehrminister a.D. Dr. Otto Gessler und der FDP-Abgeordnete Dr. Wellhausen, die in den Betrieb wieder einmal die Grundlagen des Rechts-

18.9.1954

staates durch Bruch der Verfassung und von Verträgen unterminieren, wissen um diese Entwicklung. Sie waren sogar nicht unmaßgeblich daran beteiligt. Sie haben die Vorstellung, die Arbeitnehmerschaft und die Gewerkschaften könnten sich heute freiwillig bereitfinden, die Rolle der Arbeitsfront mit sozialem Betriebsfrieden, Betriebsappellen, Betriebsausflügen und Kleinen-Geschenken zu akzeptieren und sich im übrigen dem Diktat der Unternehmer fügen.

Aber sie irren sicher. Vor jedem Arbeitgeberangebot steht die Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte der Arbeitnehmer - nicht nur in platonischen Erklärungen, sondern in der betrieblichen Praxis. Bevor nicht der Letzte in Bayern, der anlässlich des Streiks entlassen wurde, wieder mit alten Rechten im Betrieb steht, entbehren Erklärungen, wie Dr. Meyer sie gab: Wir sind der Auffassung, dass Streik und Aussperrung als Mittel lohnpolitischer Auseinandersetzungen einer vergangenen Epoche angehören, der Glaubwürdigkeit.

+ + +

Das Malheur

R.G. Im allgemeinen ist ein Malheur ein Unglück, an dem man keine Schuld hat, "wo man nichts dafür kann", wie man so schön sagt, und wo, wenn schon, andere die Schuld tragen. Als ein solches Malheur, womöglich nur Malheurchen, stellt man heute das Scheitern der EVG hin; und der Eifer, mit dem die gesamte Presse außerhalb der SPD um die Verharmlosung dieser Kernfrage der bundesdeutschen Außenpolitik noch immer bemüht ist, ist bezeichnend für die, sagen wir, geschichtskorrigierende Berichterstattung, die dem deutschen Volk die Tatsache, dass es neben der Bundesregierung auch noch eine Opposition gibt, nahezu verschweigt.

Da lesen wir in einer, ihrer Berufung und ihrer Aufmachung nach zu Objektivität verpflichteten deutschen Zeitung, die sich sogar "Deutsche Zeitung" nennt, am 15. September 1954 die Bemerkung, dass nichts leichter sei als jetzt festzustellen "Wir haben's ja gleich gesagt"; und weiter heisst es dort, bezogen auf die Gegner der EVG: "Bis in die neueste Zeit haben die wenigsten gesagt, das französische Parlament werde der EVG keineswegs zustimmen."

Kun, außerhalb der SPD gibt es kaum ernst zu nehmende Gegner der EVG; die SPD aber (z.B. Ollenhauer und Mellies) hat schon sehr oft und besonders im Bundestagswahlkampf, also vor mehr als einem Jahre die EVG totgesagt und nachdrücklich darauf hingewiesen, dass Frankreich nicht mehr zustimmen werde. Also nicht bis in die neueste Zeit haben die wenigsten, sondern seit langer Zeit haben, bezogen auf die Gegner der EVG, fast alle gesagt, dass das französische Parlament nein sagen werde. Das Scheitern der EVG ist kein Malheurchen, sondern ein selbstverschuldetes Fiasko, das seit langem, eigentlich schon von Anfang an, voraussehen war. Das ist es, was dazu zu sagen ist; es dem Volk beharrlich zu verschweigen, ist ganz einfach Lüge.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler